

Frauen aus den neuen Bundesländern in der allgemeinen Studienberatung

Gudrun Aulerich
Karin Döbbeling

Für die Hochschulen in den neuen Ländern wurde Studienberatung im Zusammenhang mit dem Angleichungsprozeß der beiden deutschen Hochschulsysteme aktuell. Aus verschiedenen empirischen Untersuchungen zur Studienberatung nach der Grenzöffnung werden frauenspezifische Aspekte abgehoben, wobei sowohl die Sicht der ratsuchenden als auch der beratenden Frauen Berücksichtigung findet.

Frauen in der Studienberatung, dazu gehören sowohl die Frauen als Studienberaterinnen als auch die Frauen als Ratsuchende, die beide gleichermaßen Gegenstand unserer kurzen Betrachtung sein sollen. Studienberatung, so wie sie in den alten Bundesländern eingeführt ist und verstanden wird, gab es an den Hochschulen der DDR nicht. Erst im Zusammenhang mit dem Angleichungsprozeß der beiden deutschen Hochschulsysteme wurde allgemeine Studienberatung an Hochschulen in den neuen Ländern inhaltlich und organisatorisch aktuell. Eine ausführliche Darstellung des Systems der Studien- und Berufsberatung in der DDR wurde im Almanach 91 vorgenommen.¹

Studienberatung in der DDR war integraler Bestandteil der Berufsberatung und auf der Grundlage dieses Beratungskonzepts eingebettet in ein in sich geschlossenes Beratungssystem. Die Studienbewerbung und die Zulassung zum Studium durch die Hoch- und Fachschulen standen dabei am Ende eines langen Prozesses berufsberatender Aktivitäten von Schulen, Berufsberatungszentren, Betrieben, die eng zusammenarbeiteten. So wurden z. B. die Berufs- und Studienwünsche ab der 6. Klasse unter dem Gesichtspunkt einer langfristigen Einflußnahme auf die künftigen Bewerber erfaßt. Damit orientierten sich die realisierten Ausbildungswege weitgehend am geplanten gesellschaftlichen Bedarf von Fachkräften und weniger an den persönlichen Wünschen und Interessen der Jugendlichen. Auf individueller Ebene verlief dieser Prozeß vielfach nicht konfliktfrei, insbesondere Frauen waren von Umlenkungspraktiken stärker betroffen, wie Untersuchungen belegen.²

An den Hochschulen wurde durch die zentrale Planung der Studentenzahlen und des Hochschulpersonals eine günstige quantitative Relation zwischen wissenschaftlichem Personal und Studierenden erzielt. "Statistisch gesehen betrug 1990 die Relation zwischen Studierenden und Angehörigen des wis-

¹ Aulerich, G.; Döbbling, K.: Almanach zur Studienberatung - Aufgaben, Stand und Perspektiven der Studienberatung in den neuen Ländern und im Land. Berlin 1991.

² Vgl. u.a.:

1. Schneider, G.: Berufs- und studienberatende Aktivitäten ausgewählter Universitäten und Hochschulen. In: Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hrsg.): Wissenschaftliche Arbeitsberichte, 52/1983, Berlin 1983.

2. Schneider, G.; u.a.: Ergebnisbericht zur Teilanalyse Studienberatung der Komplexanalyse Berufsberatung. Berlin 1985.

3. Schneider, G.: Problemsicht und Empfehlungen zur weiteren Entwicklung der Berufs- und Studienberatung unter besonderer Berücksichtigung der Funktion der Leithochschulen. In: Zentralinstitut für Hochschulbildung: Arbeitsmaterialien, Berlin 1986.

4. Minks, K.-H.; Bathke, G.-W.: Berufliche Integration und Weiterbildung von Ingenieurinnen der neuen Länder. In: HIS Kurzinformation A3/93, Hannover 1993.

senschaftlichen Personals 4,5 zu 1".¹ Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der eingeschriebenen Studierenden an ostdeutschen Hochschulen sich im wesentlichen mit den tatsächlich Studierenden deckte, die Studienzeiten kürzer waren, die zusätzlichen Weiterbildungsleistungen ca. ein Viertel der Ausbildungsleistungen erreichten und keine Personalaufstockungen durch Drittmittel stattfanden. Strukturen, wie Seminargruppen, Seminargruppenberater und Direktorate für Studienangelegenheiten, involvierten Betreuung und Beratung und führten damit einerseits zu Kontrolle und Gängelung der Studierenden, ermöglichten aber andererseits soziale Bindungen, Geborgenheit und Kommunikation.

Gemeinsame Aktivitäten der Fachbereiche und des Direktorats für Studienangelegenheiten gab es unter beraterischem Aspekt auch in der Phase des Übergangs in den Beruf, wo im Zuge der Absolventenvermittlung die individuellen Wünsche mit den gesellschaftlichen Erfordernissen in Übereinstimmung gebracht werden sollten.

Von den Hochschulen wurden damit vorrangig Exekutiv- und Betreuungsaufgaben wahrgenommen, die das Tätigkeitsprofil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitgehend bestimmten.

Die Spezifik der Probleme bei der Entstehung allgemeiner Studienberatungsstellen im östlichen Teil Deutschlands resultierte aus der Einmaligkeit der Angleichung zweier Hochschulsysteme, die vor einem sehr unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergrund gewachsen sind.

Von der Projektgruppe Hochschulforschung wurden zum Thema Studienberatung und Studentenbetreuung mehrere empirische Untersuchungen durchgeführt (siehe Tabelle 1), die sowohl aus dem Blickwinkel der Studienberaterinnen und Studienberater als auch aus dem der Studierenden den Problemkreis Studienberatung erhellen.

Die Sicht der Studienberaterinnen und Studienberater wurde mit den Methoden

- Experteninterview (1990, 1991),
- schriftliche Befragung (1991, 1992) und
- Analyse von Beratungsstatistiken (1991, 1992)

erhoben.

¹ Burkhardt, A.; Stein, R.H.: Hochschulerneuerung für Frauen? Rahmenbedingungen der Personalentwicklung. In: Arndt, M. (Hrsg.): Ausgegrenzt und mittendrin - Frauen in der Wissenschaft; Dokumentation einer Tagung an der Humboldt-Universität zu Berlin am 23./24. Okt. 1992, Berlin 1993.

Die Probleme der betroffenen Studieninteressenten, Studierenden und jungen Akademiker wurden durch

- Briefanalysen (Wintersemester 1989/1990),¹
- schriftliche Befragungen (Erstsemester 1990/1991)² und
- halbstandardisierte Interviews

erfaßt.

Die anschließende gemeinsame Betrachtung der verschiedenen Untersuchungen von unterschiedlichen Populationen in abweichenden Erfassungszeiträumen soll in Form von Thesen die wesentlichsten Ergebnisse widerspiegeln und - soweit möglich - entsprechend dem Anliegen der Publikation frauenspezifische Besonderheiten herausstellen.

1 Beratungsnachfrage unmittelbar nach Grenzöffnung

Viele, vorwiegend sehr junge Studieninteressierte und Studierende nutzten sofort die Möglichkeiten, die die Grenzöffnung mit sich brachte. Sie informierten sich erstmals, sowohl persönlich als auch schriftlich, über das Bildungs- und Hochschulsystem sowie über die Studienbedingungen in der Bundesrepublik. Bereits im November 1989 verzeichneten die Studienberatungsstellen der Freien Universität und der Technischen Universität in Berlin einen Anstieg der quantitativen Nachfrage um 23 bzw. 55 %, der eindeutig auf die Inanspruchnahme durch DDR-Bürger zurückgeführt werden kann. Dieser Anstieg setzte sich in den Folgemonaten fort und fand seinen Höhepunkt mit Steigerungsraten bis zu 270 %, im Februar und März 1990.³ Einige wenige Studierende wechselten laut HRK-Statistik im Wintersemester

¹ Aulerich, G.; Döbbling, K.: Studienberatung im Prozeß der Umgestaltung in den neuen Ländern. In: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (Hrsg.): Beiträge zur Hochschulforschung, München, 3/91, S. 251 - 276.

² Ebenda.

³ Vgl. u.a.:

1. Aulerich, G.; Döbbling, K.; Edeling, I.: Studienberatung eine "neue" Herausforderung - Zur Situation der Studienberatung an Ost-Berliner Hochschulen. Berlin 1990.

2. Aulerich, G.; Döbbling, K.: Deutschland 1989 - 1991. Studienberatung in der Situation der sozialen Transformation. Ein Jahr davor. Studieren in Europa. 4. Europäisches Kolloquium für Studienberater 3. - 5. Juli 1991 in Berlin. In: Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Dokumente zur Hochschulreform 72/1991, Bonn 1991, S. 177 - 182.

1990/91 an westdeutsche und Westberliner Hochschulen (N = 4088 von 130.000 Studierenden in der DDR). Die Statistik der HRK wird nicht geschlechtsspezifisch erhoben. Ausgehend von dem nahezu paritätischen Anteil der Frauen an der Studentenschaft in der DDR hätte erwartet werden können, daß sich Frauen wie Männer gleichermaßen für ein Studium an einer westdeutschen Hochschule entscheiden. Nach Einschätzungen von Studienberaterinnen und Studienberatern betrug der Frauenanteil jedoch nur ca. ein Drittel.

Tabelle 1: Empirische Untersuchungen

Merkmals	Briefanalyse	Erstsemesterbefragung	Experteninterviews	Fragebogenerhebungen
Population	schriftl. Anfragen aus der DDR	Studierende aus Ost u. West an 5 Fachbereichen d. FU	Studienberater/innen	Studienberater/innen
Anzahl	FU: Auswahl n = 179 TU: total n = 245	Studierende Ost n = 42 Studierende West n = 28	15	ca. 50 total
Untersuchungsort	Allg. Studienberatungsstellen der TU und der FU	Allg. Studienberatung u. Studienfachberatung	Allg. Studienberatungsstellen Berliner Hochschulen	Allg. Studienberatungsstellen d. neuen Länder
Erhebungszeitraum	9. Nov. 1989 bis Juni/Sept. 1990	November 1990	seit Mai 1990, ständig	April - Juni 1991 März - April 1992
Methode	Erfassungsschema für soziodemograph. Merkmale u. Beratungsanliegen	geschlossene Fragebogen	halbstandardisiertes Interview	weitgehend geschlossener Fragebogen

Gerade in dieser Altersphase schien es offensichtlich unproblematischer zu sein, eine Entscheidung hinsichtlich der bestehenden Möglichkeiten für die Gestaltung des Bildungs-, Berufs- und Lebensweges anzudenken, deren Palette zunächst durch den Zugang zu westdeutschen Einrichtungen eine entscheidende Erweiterung erfahren hatte. Geplante oder bereits begonnene

Lebenswege wurden dabei in Frage gestellt, die unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen entstanden waren.

Das Verhältnis von Männern und Frauen in dieser ersten Phase der Informations- und Beratungsnachfrage, vor allem an westlichen Hochschuleinrichtungen, betrug nach Auskunft der Experten zwei Drittel zu einem Drittel.

2 Über dem Normalmaß liegender Beratungsbedarf

Die Umgestaltung des Hochschulwesens, die Veränderungen an den einzelnen Hochschulen, die sich eröffnenden neuen Studienmöglichkeiten und die soziale Verunsicherung führten bei Studieninteressenten, Studierenden und jungen Akademikern zu einem sprunghaften Anstieg des Informations- und Beratungsbedarfs, der einen enormen Druck auf die Beschleunigung des Konstituierungsprozesses von Studienberatung ausübte.

Der nachgewiesenermaßen außergewöhnlich hohe Bedarf an Information und Beratung resultierte für weibliche und männliche Studieninteressierte und Studierende der neuen Bundesländer gleichermaßen aus der Einführung des westdeutschen Bildungswesens, dem Zusammenbruch des in der DDR praktizierten und in sich geschlossenen Systems der Studien- und Berufsberatung und den konkreten Veränderungen an einzelnen Hochschulen und im Studienprozeß.

3 Entwicklung von Studienberatungsstellen an Hochschulen der neuen Länder

Bereits kurze Zeit nach Öffnung der Grenzen dokumentierte sich ein umfangreicher Bedarf nach Beratung im Hochschulbereich. Wer nicht direkt die bestehenden Westberliner und westdeutschen Studienberatungsstellen aufsuchte, wurde an Mitarbeiter der Direktorate für Studienangelegenheiten verwiesen, die eigentlich mit der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben ausgelastet waren. Ihre Kompetenz und Qualifikation erstreckte sich auf Angelegenheiten innerhalb des DDR-Bildungssystems; Informationen über das westdeutsche Bildungswesen mußten sie sich selbst erst beschaffen und aneignen. Auch das Wissen über die Hochschullandschaft Ost zerbröckelte zusehens; es bestanden Unklarheiten hinsichtlich des Fortbestands bzw. des Profils der eigenen Hochschule, der Abwicklung oder Neugründung von Fachbereichen, was auch Auswirkungen auf die weitere Existenz von Studiengängen hatte. Die personelle Erneuerung betraf auch den Verwaltungsbereich, wodurch die Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter unsicher wurde.

Der enorme Nachfrageansturm, der emotionale Problemdruck und die fehlende Informationsbasis bewirkten eine permanente Überlastung bei Studienberaterinnen und -beratern.

Der Auf- und Ausbau von Studienberatungsstellen an Hochschulen der neuen Länder war verbunden mit einer Veränderung der Aufgabenstellung, die nun nicht mehr die Lenkung und Betreuung, sondern die klientenzentrierte Beratung Studieninteressierter und Studierender zum Inhalt hatte.

Mit der Einrichtung von allgemeinen Studienberatungsstellen an Hochschulen der neuen Länder seit März 1990 wurden erstmals Personalstellen für Studienberaterinnen und Studienberater geschaffen. Der Aufbau allgemeiner Studienberatung führte 1992 zu einer relativ günstigen personellen und materiell-technischen Situation der Beratungsstellen an Hochschulen. Eine Umfrage in den neuen Bundesländern ergab, daß an 41 beteiligten Hochschulen und Fachhochschulen im April 1992 40 hauptamtliche und 27 nebenamtliche Personen mit Aufgaben allgemeiner Studienberatung befaßt waren.¹ Bisher waren die Mehrheit der mit Studienberatung betrauten Personen Frauen. Mit der Verknappung unbefristeter Stellen an den Hochschulen wird auch der Tätigkeitsbereich der Studienberatung für Männer attraktiv, und es besteht die Tendenz zur Verdrängung von Frauen aus diesem Feld.

4 Klientel und Beratungsaktivitäten

Schüler und Abiturienten bildeten die Mehrheit der Ratsuchenden an den untersuchten Studienberatungsstellen, mit Ausnahme der kirchlichen und künstlerischen Hochschulen. Der größte Beratungsaufwand lag damit vor dem eigentlichen Studienbeginn, was auch in der Häufigkeit der Nachfragen zu den Themenbereichen

- allgemeine Bewerbungs- und Zulassungsmodalitäten und
- Studienaufbau und -inhalt

¹ Vgl. Aulerich, G.; Döbbling, K.:

1. Almanach zur Studienberatung - Grundzüge des Wandels, aktueller Stand und weiterer Ausbau von Studienberatung an Hochschulen der neuen Bundesländer und im Land Berlin. Berlin 1992.

2. Studienberatung im Prozeß der Umgestaltung in den neuen Ländern. In: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Wissenschaftliche Tagung Studienberatung - Hilfe zur Selbsthilfe. Rostock, 6. und 7. September 1991, Berlin 1991, S. 19 - 32.

zum Ausdruck kam.

Als häufigste Beratungsform für alle Ratsuchenden wurde das persönliche Einzelgespräch eingesetzt. Diesem Bedarf entsprechend lagen die Aktivitäten der meisten Studienberatungsstellen vorwiegend in der Phase der Studienvorbereitung (Schülerinformationstage, Tage der offenen Tür). Eine Zusammenarbeit mit Schul- und Bildungsberatungsstellen konnte dabei kaum stattfinden, da diese sich erst im Aufbau befanden.

5 Beratungsanliegen

Die Inhalte der vorgetragenen Beratungsanliegen unterschieden sich zwischen weiblichen und männlichen Ratsuchenden kaum. Ein wesentlicher Unterschied bestand aber im höheren Grad der individuellen Betroffenheit von Frauen bei der persönlichen Lebensplanung und Lebensgestaltung.

Bei den jungen Frauen bündelten sich in besonderem Maße eine Vielzahl potentieller Konfliktfelder. Die bisher in der DDR übliche Berufstätigkeit von Frauen nach dem Studium hat einen festen Platz in der Lebensplanung sehr vieler junger Frauen aus den neuen Ländern und gehört wesentlich zur Ausprägung ihrer Lebensqualität. 90 % der Frauen im arbeitsfähigen Alter waren in der DDR in den 80er Jahren berufstätig.¹

Nun trafen Frauen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld auf völlig neue Erfahrungen sowohl bei der Vereinbarkeit von Studium/Berufstätigkeit und Familie als auch beim Berufseinstieg. Frauen fühlten sich häufig durch die aktuellen sozialen Veränderungen (Wegfall des elternunabhängigen Stipendiums, keine Garantie für Wohnung und Kinderbetreuung am Studienort, keine Frauensonderstudienpläne, keine Arbeitsplatzgarantie) benachteiligt und befürchteten, die generell erweiterten Möglichkeiten der höheren Bildung und der Berufsausübung für sich nur bedingt in Anspruch nehmen zu können.²

¹ Frauenreport 90. Berlin 1990.

² Dobrinkat-Otte, U.; Döbbeling, K.; Haefner le Plat: Freiheit mit Barrieren?..., Präsident der TU Berlin (Hrsg.): Forschungsbericht, Berlin 1991.

6 Studium und Kind

In den 80er Jahren war das Hochschulstudium in der DDR auch eine Phase der Ehe- und Familiengründung. Eine Vielzahl staatlicher Regelungen ermöglichte die Vereinbarkeit von Studium, Ehe und Mutter- bzw. Vaterschaft.

Nach Beendigung des Studiums war die Hälfte der Absolventen verheiratet und über ein Drittel hatte ein oder mehrere Kinder.¹ Ein Jahr nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland kann hier ein Einstellungswandel vermutet werden.

In einem Forschungsprojekt der Technischen Universität Berlin wurden 1990 100 Studieninteressentinnen und Studentinnen aus den neuen Ländern interviewt. 17 % der interviewten Frauen hatten selbst Kinder. 64 % hielten ein Studium mit Kind unter den neuen Bedingungen für nicht erstrebenswert oder lehnten es ganz ab. Kinder während des Studiums zu haben, wurde von diesen Frauen jetzt als hinderlich und benachteiligend erlebt.² Gründe dafür bestehen in der Verringerung der Kapazität und in der Erhöhung der Ausgaben für Kinderbetreuung, den gestiegenen Lebenshaltungskosten (Miete, Energie, Fahrgeld) und in den geringeren Chancen für Mütter bei der Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses.

7 Spezielle Gruppen von ratsuchenden Frauen

Innerhalb der ratsuchenden Frauen gab es Gruppen, die sich durch besondere Problemlagen unterschieden. Eine dieser Gruppen waren Absolventinnen technischer und wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtungen, die sich in einer männlich orientierten Arbeitswelt behaupten mußten und durch den Wegfall der Absolventenvermittlung besonders betroffen waren.

¹ Vgl. u.a.:

1. Bathke, G.-W.: Jugend und Hochschule/Universität. In: Friedrich, W.; Griese, H. (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR, Opladen 1991, S. 87.

2. Bathke, G.-W.: Soziale Reproduktion und Sozialisation von Hochschulstudenten in der DDR. In: Burkhardt, G. (Hrsg.): Sozialisation im Umbruch. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch. Weinheim 1990, S. 114-128.

3. Schreier, K.: Zur Familiensituation von Hochschulabsolventen bei Studienende. In: Zentralinstitut für Jugendforschung der Karl-Marx-Universität (Hrsg.): Leistungsentwicklung im Studium (SIL-Abschlußkonferenz). Leipzig 1989.

² Aulerich, G.; Döbbeling, K.: Deutschland 1989 - 1991...a.a.O, S. 177 -182.

Auch arbeitslose Akademikerinnen bildeten innerhalb der Klientel allgemeiner Studienberatungsstellen an Hochschulen der neuen Länder eine spezielle Gruppe. Bereits im Mai 1991 berieten mehr als die Hälfte der Studienberatungsstellen in den neuen Ländern bis zu 10 % arbeitslose Akademikerinnen und Akademiker.

Innerhalb der arbeitslosen Frauen sind Akademikerinnen eine besondere Problemgruppe. Akademikerinnen stehen jetzt häufig vor der Alternative, entweder eine Tätigkeit unterhalb ihres Ausbildungsniveaus anzunehmen oder gar nicht berufstätig zu sein. Sie haben daher den Eindruck, mit Arbeitslosigkeit "doppelt" bestraft zu werden: erstens verliert ihre Qualifikation an Wert und zweitens verspüren sie aufgrund der hohen Bedeutung, die Berufarbeit in ihrem Leben besitzt, einen Sinnverlust.¹ Diese Frauen wollen in den Beratungsstellen der Hochschulen vorrangig zu Aufbau-, Ergänzungs- und Zusatzstudiengängen beraten werden, um durch Weiterbildungsmaßnahmen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Eine weitere Gruppe bildeten die Studentinnen, die durch die Umlenkungspraktiken des DDR-Planungssystems nicht das gewünschte Fach studieren konnten und nun versuchten, das Studienfach zu wechseln und sich dazu an den Hochschulen beraten ließen. Frauen waren in der DDR häufiger von der Umlenkung auf einen anderen Studienplatz betroffen als Männer.²

8 Pragmatisch orientiertes Studierverhalten

Bei der Mehrzahl sowohl der männlichen als auch der weiblichen Ratsuchenden an den einbezogenen Studienberatungsstellen der neuen Länder war ein weitgehend pragmatisch orientiertes Studienwahl- und Studierverhalten auffallend. Es wird mehrheitlich berufsorientiert und in Anlehnung an die Regelstudienzeit studiert. Den Hintergrund dafür könnten die in der bisher

¹ Vgl. u.a.:

1. Heublein, U.: Studenten: Soziale Lage und Selektion. In: Klemm, K. (Hrsg.): Bildungsplanung in den neuen Bundesländern: Entwicklungstrends, Perspektiven und Vergleiche. Weinheim 1992.

2. Döbbling, K.: Zur Studiensituation von Frauen in den neuen Bundesländern. In: Kootz, J.; Püschel E. (Hrsg.): Studentinnen im Blick der Hochschulforschung - Empirie und Studienreform. Dokumentation einer Tagung an der Freien Universität Berlin. Berlin 1992, S. 97 - 106.

² Lischka, I.; Schneider, G.: Zum Studienwahlverhalten Jugendlicher. Spezialbericht in Auswertung von SIL A und B. Wissenschaftliche Arbeitsberichte des ZfB. Berlin 1985 (unveröffentlicht).

in der DDR erfahrene Sozialisation und der sozialökonomische Druck bilden, der in Richtung kurzer Studienzeiten und einer direkt anschließenden Berufstätigkeit wirkt.

9 Berlin - ein besonderer Studienort

West-Berlin bietet für Ost- und Rand-Berliner die Möglichkeit, die finanziellen Vorteile heimatlichen Wohnens mit einem "West-Studium" zu verbinden. Das Bewußtsein und die Nutzung dieser Möglichkeit belegen sowohl die Briefanalyse - 55 % der Briefe kamen aus Berlin und Potsdam - als auch die Zahl der ratsuchenden Frauen, von denen 80 % in Berlin und der Umgebung Berlins wohnten und die befragten Studierenden im ersten Semester, die zu 98 % aus Berlin und dem Umland kamen.¹

Die Angst, als "Ossi" an einer westdeutschen Hochschule nicht gerade willkommen zu sein, artikulierte sich in vielen Fraueninterviews und wurde von einigen Studentinnen in den ersten Wochen des Studiums dann auch erfahren.²

10 Ausblick

Die Bedeutung der Studienberatung wird aller Voraussicht nach künftig zunehmen, weil das Bildungssystem differenzierter und damit auch für den einzelnen oft unübersichtlich ist, Orientierungshilfen erforderlich sind und die Beratungserfordernisse quantitativ wachsen werden (60 % der Ratsuchenden sind Schüler/Abiturienten, Öffnung der Abiturstufe).

Frauen brauchen und wollen dabei allgemein mehr Beratung und fühlen sich oft stärker belastet als Männer.³ Denn im bisherigen Sozialisationsprozeß wurde eine formale Gleichbehandlung der Geschlechter erfahren, so daß geschlechtsspezifische Interessengegensätze weniger wahrgenommen wurden.

¹ Aulerich, G.; Döbbling, K.: Studienberatung im Prozeß der Umgestaltung...a.a.O., Berlin 1991, S. 19 -32.

² Aulerich, G.; Döbbling, K.: Studienberatung im Prozeß der Umgestaltung...a.a.O., München 1991, S. 251 - 276.

³ Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland: 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes. Bonn 1992.

Studienberatung kann nicht hochschulpolitischen Handlungsbedarf ersetzen, der kurzfristig erforderlich ist und inhaltlich die Probleme der Umgestaltung des Hochschulwesens in den neuen Ländern berücksichtigen muß. Studienberatung kann und sollte aber eine Hilfe zur Findung individueller Bewältigungsstrategien sein.

Anschrift der Verfasserinnen:

Dr. Gudrun Aulerich
Dr. Karin Döbbling
Projektgruppe Hochschulforschung
Berlin-Karlshorst
Aristotelessteig 4

10318 Berlin